Nr. 123. 20. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich M. 1,20, vierteljährlich M. 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus.
Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wabersky in Hamburg.

Mittwoch, den 30. Mai 1906.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰ für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), in den Filialen (bis 4 Uhr Nachmittags), sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaux.
Redaktion und Expedition: Fehlandstraße 11 in Hamburg 1.

Filialen: Süd-St. Pauli bei Carl Lementzow, Seilerstr. 27, pt. l. Nord-St. Pauli, Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Margarethenstr. 72, Eimsbüttel. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Bachstr. 12, Barmbeck. St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn und Schiffbeck bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Rotenburgsort, Billwärder und Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. Eilbeck, Wandsbeck und Hinschenfelde bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbeck. Altona bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona. Ottensen, Bahrenfeld bei Johannes Heine, Bahrenfelderstr. 140, Ottensen.

Hierzu eine Beilage.

Nach der Vertagung.

Die zweite Session der elften Legislaturperiode des Reichstages ist am Montag, den 28. Mai, bis zum 13. November vertagt worden. Es handelt sich hier um eine nicht in der Geschäftsordnung des Reichstages begründete, sondern um eine reichsverfassungsrechtlich vorgesehene längere Unterbrechung der Session. Die Regel ist, daß die fünf Jahre dauernde Legislaturperiode, entsprechend ebenso vielen Etatsjahren, auf fünf Sessionen sich verteilt. Wie die Berufung, Eröffnung und Schließung der Session, so steht auch deren Vertagung dem Kaiser zu. Ohne Zustimmung des Reichstages darf jedoch die Vertagung die Frist von dreißig Tagen nicht überschreiten und während der Session nicht wiederholt werden. (Art. 12 und 26 der Reichsverfassung.) Die Notwendigkeit solch einer Vertagung hat sich des öfteren schon aus dem seit etwa zehn Jahren aktuell gewordenen Zustande ergeben, daß der Reichstag nicht im stande war, in Beratung genommene wichtige Vorlagen innerhalb der Zeit von etwa sechs Monaten vom Beginn der Session an zu erledigen. Tritt, ohne daß die Erledigung derartiger Vorlagen erfolgt ist, der Schluß der Session ein, so ist die ganze auf ihre Beratung im Plenum und in Kommissionen verwandte Mühe und Zeit verloren. Die Vorlagen müssen, wenn auf sie nicht gänzlich Verzicht geleistet wird, in der neuen Session aufs neue eingebracht werden und dieselbe geschäftliche Behandlung erfahren, wie schon einmal. Das ist mißlich, belastend und hinderlich sowohl für die Regierung, wie für den Bundesrat und den Reichstag. Alle drei Faktoren haben also ein erhebliches Interesse daran, entsprechend der Geschäftslage des Parlaments die Vertagung statt der Schließung der Session eintreten zu lassen. Das Einverständnis darüber ist in der Regel leicht herzustellen; es ergibt sich sozusagen aus der Geschäftslage von selbst. Es bedarf dazu keiner Verhandlungen in öffentlicher Plenarsitzung des Reichstages; die Fraktionen lassen durch ihre Mitglieder im Seniorenkonvent mit dem Präsidenten die Frage der Vertagung besprechen und der Präsident setzt sich mit der Regierung ins Einvernehmen. Es ist dann in öffentlicher Plenarsitzung nur die Formalität der Zustimmung des Reichstages zu der Vertagungs-Verfügung des Kaisers zu erfüllen.

Die enorme Häufung der Geschäfte des Reichstages hat es mit sich gebracht, daß im Laufe der letzten zehn Jahre die Vertagung fünfmal erfolgte. Die jetzige hat sich als geboten erwiesen aus Rücksicht auf eine Reihe wichtiger und großer Gesetzentwürfe, deren Vorberatung in Kommissionen entweder ganz oder teilweise beendet ist, also noch der zweiten und dritten Beratung im Plenum harren. In Betracht kommen hauptsächlich der Entwurf, betreffend Aufhebung des Hülfskassengesetzes, der Entwurf, betreffend den Versicherungsvertrag, der Entwurf, betreffend die Maß- und Gewichtsordnung, der Entwurf, betreffend die Haftpflicht der Automobile 2c. Hinzu kommen wichtige Initiativanträge, so die der Sozialdemokraten und des Zentrums, betreffend die Regelung der Heimarbeit; der Toleranzantrag des Zentrums 2c.

Wer unbefangen unseren Reichsparlamentarismus prüft und dessen gedeihliche Entwicklung wünscht, der wird unsere Ansicht teilen, daß die Einteilung der Legislaturperiode in Sessionen sich mit den Aufgaben des Reichstages nicht mehr vereinbaren läßt. Die Vertagungen, deren wir zweimal zwei hintereinander erlebt haben, sind der beste Beweis dafür. In stetig wachsendem Maße wird die Zeit des Reichstages in Anspruch genommen vom Etat. Erfolgt dessen Bearbeitung gründlich und gewissenhaft, wie das Volksinteresse es gebietet, so bleibt für die Beratung anderer wichtiger Vorlagen und insbesondere auch der Initiativanträge, der Petitionen, der Wahlprüfungen 2c. innerhalb der wenigen Monate, die eine nicht durch große Vertagung unterbrochene Session dauert, nicht die nötige Zeit.

Es gibt ja allerdings Politiker, die sich mit der Hoffnung tragen, daß die nunmehr den Reichstagsabgeordneten bewilligten Diäten oder „Anwesenheitsgelder“ eine erhebliche Abkürzung der Verhandlungen und damit eine Abkürzung der Sessionen, sowie einen regelmäßigen Sessionsschluß unter Vermeidung der Vertagung bewirken werden, zumal wenn noch eine „gründliche Reform der Geschäftsordnung“ hinzukomme. Wir haben gewiß — wie wir schon öfter dargelegt haben — nichts einzuwenden gegen eine gute und richtige parlamentarische Disziplin, die geeignet ist, überflüssiges Reden zu verhindern. Aber die Beschränkung im Reden erzwingen und grundsätzlich auf eine Abkürzung der Verhandlungen, auf ein Durchpeitschen der Beratungsstoffe hinwirken zu wollen, würde ein nicht scharf genug zu bekämpfender Versuch einer Vergewaltigung der Rechte des Reichstages sein und ohne Zweifel tatsächlich zu schweren parlamentarischen Kämpfen führen. Eine „gute“ Wirkung des Diätengesetzes in dieser Richtung haben reaktionäre und selbst „liberale“ Blätter ja bereits aus dem Umstande folgern zu können geglaubt, daß jetzt in einem Zeitraum von wenigen Tagen „überraschend schnell“ die Steuergesetze, die „Reichsfinanzreform“, die Militärpensionsgesetze, der Reichshaushaltsetat, in zweiter und dritter Lesung erledigt worden sind. Freilich drängte die Stimmung der Mehrheit des Hauses auf möglichst schleunige Erledigung dieser Vorlagen. Das hat man aber auch schon früher erlebt, wenn der Schluß oder die Vertagung der Session bevorstand. Jedenfalls wird es der Reichstagsmehrheit nicht so leicht gelingen, die „beschleunigte Erledigung“ zur parlamentarischen Regel zu machen. Wenigstens wird die Sozialdemokratie dieser gewünschten und beabsichtigten Wirkung der Diäten mit äußerster Entschiedenheit sich widersetzen. Als Maulkorbgesetz wird sie das Diätengesetz unter keinen Umständen gelten lassen.

Dieses Gesetz verdankt der Reichstag und das Volk nicht etwa der Bekehrung der Regierung zu einem Grundsatze der politischen Gerechtigkeit, sondern nur reinen Zweckmäßigkeitserwägungen. Im Sinne der Regierung und der reaktionären Parteien ist es nichts anderes, als eine Art Notgesetz gegen die von staatserhaltenden „Volksvertretern“ durch Pflichtvergessenheit verschuldete chronische Beschlußunfähigkeit des Reichstages. Das ist für jene Parteien wahrlich der Schande viel! Es würde die Krönung dieser Schande sein, wollten sie nun, gestützt auf die Diäten, eine zwangsweise Abkürzung der Debatten und damit die völlige Korruption und Degradierung des Parlamentarismus, der für die Geschicke der deutschen Nation entscheidend ist, herbeiführen.

Das Volk fordert Verbesserung und Vervollkommnung des Parlamentarismus; es will, daß der Reichstag eine wahre Vertretung wahrer nationaler Interessen werde. Leider hat der hinter uns liegende Sessionsabschnitt ihm wieder den Beweis geliefert, daß die Mehrheit seiner Vertreter als Bundesgenossenschaft des reaktionären Regiments weit davon entfernt ist, auf dieses Ziel loszusteuern. Die „schöne Eintracht“ des Zentrums, der Konservativen und der Nationalliberalen hat wieder, wie schon öfter, schwere Schädigungen des Volkes gezeitigt. Die durch sie vollbrachte „Reichsfinanzreform“ mit den neuen Steuervorlagen trifft nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch die Kreise des Mittelstandes sehr hart; ihre Triontpflichtigkeit an das Reich, oder richtiger gesagt an das reaktionäre Reichsregiment, ist auf weitere 250 Millionen Mark erhöht worden. Unter den 53 Vorlagen, die der Reichstag in 113 Sitzungen seit dem am 18. November v. J. erfolgten Beginn der Session erledigt hat, finden sich nur wenige, die einigermaßen mit dem Volksinteresse sich vereinbaren lassen, wie z. B. der Handelsvertrag mit Schweden, oder die einer Forderung der Gerechtigkeit etwas entgegenkommen, wie das Pensionsgesetz für die Unterklasse des Reichsheeres 2c., das gegenüber dem seitherigen Rechtszustande einige, zum Teil nicht unerhebliche Verbesserungen aufweist, die wesentlich den Bemühungen der Sozialdemokratie zu danken sind. Im allgemeinen war die Arbeit des Reichstages beherrscht von der Tendenz, den Ansprüchen der Regierung möglichst Rechnung zu tragen. Daß die darob zwischen den maßgebenden Parteien bestehende „Harmonie“ schließlich bei der Frage des Reichskolonialamtes durch die ablehnende Haltung des Zentrums eine Störung erfuhr, hat nicht viel zu bedeuten. Diese Störung tragisch zu nehmen, hat kein Ordnungspolitiker begründete Ursache. Ist es doch in parlamentarischen Kreisen durchaus kein Geheimnis, daß die Verwerfung des Reichskolonialamtes durch das Zentrum nicht dieser Einrichtung an sich, sondern dem Manne galt, der für die Leitung dieses Amtes ausersehen war, dem Erbprinzen Hohenlohe. Nur diesen hat das Zentrum abgelehnt; es wird, davon ist ohne Zweifel auch die Regierung überzeugt, schon „mit sich reden lassen“ und das Reichskolonialamt bewilligen, wenn Hohenlohe dafür nicht mehr in Frage kommt. So lange muß die Regierung sich gedulden, und dann wird die regierende Partei sie nicht wieder im Stich lassen. Vorläufig kann sie sich mit dem Unterstaatssekretär „in gehobener Stellung“ an Stelle des kolonialen Staatssekretärs begnügen.

Die schrille Dissonanz, die durch das unerhörte Auftreten des Obersten von Deimling in das kolonialpolitische Konzert beim Abschluß der Verhandlungen gebracht wurde, wird auf die „staatserhaltenden“ Parteien auch nur eine vorübergehende Wirkung haben. Die Entrüstung des Zentrums und der Freisinnigen darüber, daß ihm der Reichstag eine Null ist, wird nicht zu einer energischen Bekämpfung des Kolonialunheiles führen. Und unter den staatserhaltenden Parteien ist keine, die im Laufe von Jahrzehnten durch Paktieren mit der Regierung nicht wider die Würde und die Autorität des Reichstages gesündigt hätte. Sie alle sind verantwortlich dafür, daß ein Offizier das höchste deutsche Parlament unter sein Ich zu zwingen versuchen konnte mit Berufung auf den Kaiser. Das ist Geist vom Geiste des persönlichen Regiments, der in den letzten Jahrzehnten schon so oft scharf hervorgetreten ist. Diesem Geist energisch und erfolgreich zu widerstreben und den Parlamentarismus nach gesunden Prinzipien auszugestalten und zu kräftigen — aus dem Reichstag eine wahre Volksvertretung zu machen — dazu erscheint nur die Sozialdemokratie berufen. Wir glauben sagen zu dürfen, daß sie auch im verflossenen Sessionsabschnitt wieder sich bewährt hat als echte Volkspartei, für deren Tun und Lassen nur die Volksinteressen bestimmend sind. Geleitet von diesen Interessen, sieht sie dem Fortgang der Session im November ruhig und kampfesfreudig entgegen. Sie braucht nichts zu fürchten. Für sie gibt es keine Ueberraschungen. Ihre Parole ist und bleibt: Vorwärts mit dem Volk und für das Volk!

Die Revolution in Rußland.

Aus der Duma.

Ueber den Schluß der Montagssitzung berichtet der Telegraph noch: Das Haus nahm um 5¾ Uhr die Sitzung wieder auf und stimmte zunächst einem Antrage zu, an jedem Mittwoch und Sonnabend keine Sitzungen abzuhalten, damit die Kommissionen unbehinderter arbeiten können. Sodann wurde festgesetzt, daß die Sitzungen täglich um 11 Uhr Vormittags beginnen sollen. Der Präsident verlas hierauf einen von 111 Mitgliedern unterzeichneten Antrag, betreffend die allgemeine Reform der Verwaltung auf folgender Grundlage: „Alle Staatsangehörigen beiderlei Geschlechts sind vor dem Gesetze gleich.“ Der Entwurf legt die Abschaffung aller Unterscheidungen nach Gesellschaftsklassen, Nationalitäten, Religionen und Geschlechtern vor. (Langanhaltender Beifall.) Alsdann beschloß das Haus, an den Minister des Innern eine Interpellation, betreffend die Hungersnot, zu richten und zu fragen, ob die Regierung die Bekämpfung der Hungersnot fortsetzen wolle, und ob ihr bekannt sei, daß die Tätigkeit von Privatpersonen, die der Bevölkerung Hülfe zu teil werden lassen wollen, von den Lokalbehörden behindert werden. Das Haus ging sodann zur Beratung der Agrarfrage über. Mehrere Redner verbreiteten sich über die Wichtigkeit des Gegenstandes und erhoben Einspruch gegen den Vorschlag, die Beratung dieser Frage auszusetzen. Professor Petrajitzky schlug vor, eine Kommission von 88 Mitgliedern zur Vorberatung der Frage zu wählen. Andere Redner stellten Unteranträge zu der Sache. Der Präsident teilte mit, daß alle Anträge morgen gedruckt verteilt werden würden. Um 8½ Uhr Abends wurde die Sitzung geschlossen.

Ueber die Dienstags-Sitzung wird telegraphiert: Zu Beginn der Sitzung verlas der Präsident einen von 36 Mitgliedern eingebrachten dringenden Antrag, den Ministerpräsidenten zu interpellieren wegen der im „Regierungsboten“ veröffentlichten Telegramme an den Kaiser, wodurch ein Teil der Bevölkerung gegen den anderen aufgehetzt und außerdem die oberste gesetzgebende Körperschaft beleidigt wird. Die Interpellation fragt, wer die Veröffentlichung der Telegramme veranlaßt hat und zu welchem Zwecke die Veröffentlichung erfolgt ist, umsomehr, als sie die Würde der Person verletzen, an die sie gerichtet sind. — Die Duma nahm die Dringlichkeit an. Ein Antrag Stackowitsch verlangt, daß die Wendung, betreffend Verletzung der Würde des Kaisers, weggelassen werde. Abgeordneter Graf Heyden schloß sich der Meinung Stackowitsch' an mit der Begründung, daß man die Person des Kaisers aus dem Spiel lassen müsse. Die Interpellation dürfte sich nur an die Minister wenden, sie dürfe die Person des Kaisers nicht berühren. Die Duma nahm den Antrag auf Einbringung der Interpellation an, nachdem die Antragsteller sich damit einverstanden erklärt hatten, daß die Erwähnung des Kaisers weggelassen werde. Hierauf trat das Haus in die Beratung der Interpellation wegen des Verhaltens von Ortsbehörden bei Hungersnot ein, indem dieselben nämlich in Orten, die von einer Hungersnot heimgesucht waren, der privaten Wohltätigkeit Hindernisse bereiten. Mehrere Redner erhoben scharfen Einspruch gegen den Beschluß der Regierung, daß den Bauern, die an den Agrarunruhen teilgenommen haben, keine Unterstützung gewährt werden dürfe.

Der Eindruck der hochbedeutsamen Sonnabendsitzung spiegelt sich in der russischen Presse lebhaft wieder. Die sozialistischen Blätter erklären, das Volk, dem der Fehdehandschuh hingeworfen sei, werde sich nicht verspotten lassen, der Becher der Geduld sei bis zum Rande gefüllt, das Volk werde seinen unbeugsamen Willen durchsetzen, das Proletariat werde in alter Weise, als bewährter Kämpfer auf der Wache des Volksinteresses stehen. Das Blatt „Wolna“ fordert die parlamentarische Arbeitsgruppe auf, von den Kadetten abzurücken. „Nascha Schisn“ meint, nach der Regierungserklärung sei ein Zusammenarbeiten der Duma und der Regierung ausgeschlossen. Der befürchtete Konflikt sei nunmehr eingetreten. Wenn den Ministern die Interessen Rußlands wirklich nahestehen, müßten sie zurücktreten. Die Duma sei berechtigt, alle Gesetzentwürfe des Ministeriums mit gleicher Mißachtung zu behandeln, wie das Ministerium die Duma behandelt. Immerhin sei der Weg der Gesetzgebung langwierig, und es bleibe daher zu erwägen, ob sich nicht eine vereinfachtere Art finden könnte, Gesetze zu erlassen, die den Wünschen und Bedürfnissen des Volkes entsprechen. Eine Aenderung des Kabinetts würde jedenfalls viel weniger Zeit erfordern als die Ausarbeitung so verwickelter Gesetze, wie z. B. die Agrarreform es ist. „Dwazaty Wjek“ bezeichnet die Bildung eines Ministeriums durch Schipow als den alleinigen Ausweg, der das Land vor Revolution retten könnte. „Strana“ verlangt vom Kaiser, daß er das Ministerium verabschieden soll. „Rjetsch“ erklärt, die Sätze über die Unantastbarkeit des Privateigentums seien auf besonderes Ansuchen der ausländischen Bankiers in die Regierungserklärung aufgenommen worden. „Slowo“ meint, die Regierungserklärung werde im Zusammenhange mit der Ablehnung des Empfanges der Duma-Abordnung durch den Kaiser vom Volke als Beweis dafür betrachtet werden, daß die bureaukratische Scheidewand zwischen Zar und Volk nach wie vor bestehe. Die Erklärung beweise, daß eine Rettung des Staates vor der Anarchie ohne parlamentarisches Kabinett unmöglich sei. „Now. Wremja“ sagt, die junge Duma wolle Gesetze erlassen, regieren und herrschen, darum weise sie die Behandlung des Wahlgesetzentwurfes zurück. Die große Mehrheit des Volkes sei aber an der Durchführung dieses Teils des Programms lebhaft interessiert. Erst wenn die Regierung sich unfähig erweisen sollte, diese Reform durchzuführen, dann sei es Zeit, sie zu beseitigen. „Swjet“ sagt: „Wir wollen nicht glauben, daß die Unzufriedenheit der Duma ein revolutionärer Akt sei; was auch gesprochen wurde, es bleibt doch die Hoffnung, daß die Duma lediglich nach einer engeren Einigung zwischen Zar und Volk strebt, wobei jeglicher Konflikt ausgeschlossen ist.“

*

Ein Freispruch.

Am Montag fand in Petersburg die Gerichtsverhandlung gegen Hessen und Miljukow statt, die unter der Anklage standen, in ihrer Zeitung die bekannte revolutionäre Aufforderung zur Entnahme der Einlagen aus den Sparkassen zum Abdruck gebracht zu haben. Nachdem das Erscheinen des Blattes gerichtlich untersagt und die Angeklagten des Wahlrechts beraubt worden waren, ließ heute der Staatsanwalt die Anklage fallen. Beide Angeschuldigte wurden freigesprochen.

Revolutionäre Anschläge.

Bei der Truppenschau in Sebastopol am Sonntag wurde ein Bombenanschlag gegen den Festungskommandanten General Neplujew verübt. Von den Anwesenden erlitt keiner Verletzungen, hingegen wurden aus dem Publikum sechs Personen getötet, vierzehn schwer und vierzig leicht verletzt. Es wurden vier Personen verhaftet, von denen zwei die Bomben geschleudert, zwei das Zeichen dazu gegeben hatten.

Der ehemalige Prokurator des hl. Synods, Pobjedonoszew, erhielt von der revolutionären Kampfesorganisation die Verständigung, daß er von ihr zum Tode verurteilt worden sei. Infolgedessen wird seine Wohnung in Petersburg von der Polizei aufs schärfste bewacht.

In Warschau wurde der Polizeikommissar Kowalski am Dienstag Mittag auf offener Straße erschossen.

Von der Weltbühne.

Aus dem Reichstage. Berlin, 28. Mai. Noch knapp vier Stunden, dann war heute das ersehnte Ende erreicht und die von der Steuersucherei erschöpfte Mehrheit konnte in die „wohlverdienten“ Ferien gehen, um sich von den Strapazen der Session zu erholen. Wohlverdient vom fiskalischen Standpunkt des Reichsschatzsekretärs; die Massen der Steuerzahler, denen man eine so liebliche Bescherung veranstaltet hat, werden darüber anders denken. Stellt man die Taten der steuerwütigen Mehrheit in Vergleich zu den Interessen der Volksmassen, dann hätte jene wohlverdient, von ihren Wählern mit Skorpionen gezüchtigt zu werden. Das Urteil der Wähler wird auch nicht dadurch geändert werden, daß am Schluß der Tagung der allzu uferlosen Kolonialwirtschaft einige kräftige Striche durch die etwas gar zu ungenitert aufgemachte Rechnung gezogen wurden. Es war ja nur ein Teil der Mehrheit, das Gefolge der Herren Spahn und Erzberger, der zusammen mit der Opposition die gar zu starken Zumutungen der Kolonialverwaltung zurückwies. Das Zentrum ist zudem schon wieder auf dem Rückzuge; Herr Spahn ließ heute schon durchklingen, daß er im Herbst mit sich handeln lassen werde. Vor allem in bezug auf das Reichskolonialamt. Um dieses drehten sich ja in der Hauptsache die heutigen Debatten. Das am Sonnabend durch die Ablehnung des Staatssekretärs und damit der Selbständigkeit des Kolonialamtes entstandene „Vakuum“ mußte ausgefüllt werden. Das Zentrum übernahm dabei mit dem Antrag Gröber, der den bisherigen Zustand — ein Kolonialdirektor als Untergebener des Auswärtigen Amtes an der Spitze des Kolonialamtes — wiederherstellen wollte, die Führung. Lustig war es, wie im trauten Verein Nationalliberale, Konservative, Freikonservative und Antisemiten durch den Mund der Herren Bassermann, v. Richthofen, v. Tiedemann und Lattmann versichern ließen, daß sie nicht für den Antrag stimmen könnten, weil sie das selbständige Kolonialamt wollen, das nun jetzt einmal nicht zu haben war. Die Hurrapatrioten, die sonst der Regierung alles bewilligen, was sie verlangt, die von den eigenen Wünschen stets sehr schnell die größere Hälfte aufzugeben bereit sind, wenn die Regierung Schwierigkeiten macht, stellten sich also hier einmal auf den Standpunkt: Alles oder nichts!

Das Zentrum kam dadurch einigermaßen in die Klemme. Als „regierende Partei“ wollte es natürlich nicht die Verantwortung dafür übernehmen, daß der ganze Etat der Kolonialverwaltung ausfiel. Da aber die Sozialdemokraten durch den Mund des Genossen Singer, in Konsequenz ihrer gesamten grundsätzlichen Stellungnahme zur Kolonialpolitik, erklären ließen, sie würden gegen den Antrag Gröber stimmen, so konnte leicht die Sache schief gehen. Diese Besorgnis veranlaßte Herrn Gröber, für letzteren unangenehmen Fall der Verärgerungspolitik den Nationalliberalen und Konservativen die Verantwortung zuzuschieben. Aber es wurde nicht so schlimm. Diesmal waren es die Freisinnigen beider Schattierungen, welche den Staat retteten dadurch, daß sie für den Antrag Gröber stimmten. Wäre das nicht geschehen und hätten Nationalliberale und Konservative nicht vorher die feste Ueberzeugung gehabt, daß ohne sie eine Mehrheit für den bisherigen Zustand vorhanden war, dann würden sie sicher eingesprungen sein. So konnten sie sich — 91 Mann hoch — erlauben, sich der Stimme zu enthalten; es fanden sich noch 187 Stimmen für den Antrag Gröber, während 64 Stimmen gegen ihn abgegeben wurden.

Die Debatten selbst brachten nichts mehr von Belang. Unseres be—rühmten Landsmannes Dr. Semlers „Enthüllungen“ über die Vorgänge hinter den Kulissen wurden mit der hellen Heiterkeit aufgenommen, die die lächerliche Wichtigmacherei dieses Herrn verdient. Graf Posadowskys Versuche, seinen schneidigen Kommissar Oberst v. Deimling aus der Patsche herauszuhauen, in die er sich am Sonnabend hineingeritten, waren nicht sehr glücklicher Natur. Sie kamen zudem zu spät, wie Singer richtig konstatierte.

Einen kleinen Erfolg erreichte unsere Fraktion noch mit der von ihr beantragten Resolution, welche von der Regierung verlangt, daß den Eingeborenen in Südwestafrika ausreichender Landbesitz gewährt werde, um ihre wirtschaftliche Selbständigkeit sicher zu stellen und so dem Frieden eine Basis zu schaffen. Nachdem Genosse Ledebour sie in trefflicher sachlicher Rede begründet, wurde sie gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Der Rest des Etats wurde ohne Schwierigkeiten erledigt, ebenso die Resolution zum Etat. Dann konnte man nach den üblichen Schlußformalitäten heimwandern, selbstverständlich nachdem die Herren Reichsboten zum ersten Male ihre Diäten abgehoben hatten.

Die Unsinnigkeit der Regelung der Diätenzahlung ist gleich zu Beginn der „neuen Aera“ an einem Fall eklatant erwiesen worden. Am ersten Tage der Gültigkeit des Gesetzes glitt Abgeordneter Genosse Scheidemann während der Sitzung infolge der herumliegenden Papierschnitzel aus und verrenkte sich den Arm. Herr Dr. Mugdan ließ ihm seine ärztliche Hülfe angedeihen und kurierte auch den Schaden in kurzer Zeit. Inzwischen jedoch war im Sitzungssaal eine namentliche Abstimmung vorgenommen, und die Folge ist, daß beiden Herren, obwohl sie sonst den ganzen Tag an den Verhandlungen teilnahmen, wegen Versäumung einer namentlichen Abstimmung M. 20 von ihren Diäten abgezogen werden.

Die Fahrkartensteuer. Die Amtsblätter der Eisenbahndirektionen enthalten die offizielle Mitteilung an die beteiligten Dienststellen, daß die Erhebung der Fahrkartensteuer am 1. August d. Js. beginnt. Von diesem Tag an wird also für jeden zur Ausgabe kommenden Fahrausweis erster, zweiter und dritter Wagenklasse, dessen Preis 60 ₰ und mehr beträgt, die Steuer nach den bekannten, vom Reichstage beschlossenen und vom Bundesrat genehmigten Sätzen erhoben. Die Steuer wird in den tarifmäßigen Fahrpreis eingerechnet, so daß auf den Fahrkarten Fahrpreis und Steuer in einem Betrage erscheinen. Infolgedessen werden, wie die amtliche Mitteilung weiter besagt, zunächst alle Fahrkarten Edmonsonscher Form erster bis dritter Wagenklasse des Staatsbahnverkehrs und der direkten deutschen Verkehre, soweit ihr tarifmäßiger Preis 60 ₰ und mehr beträgt, bis zum 1. August d. J. neu gedruckt. Die einzelnen Dienststellen sind angewiesen worden, die neuen Fahrkarten bei der Fahrkartenverwaltung anzufordern. Dabei soll der Bedarf für die Zeit vom 1. August d. J. bis 1. April 1907 bemessen werden. Dieser Endtermin ist offenbar mit Rücksicht auf die Personentarifreform gewählt worden, deren Inkrafttreten für den 1. April 1907 in Aussicht genommen ist.

Podbielski und die Fleischnot. Am Montag hat im preußischen Herrenhause der Landwirtschaftsminister bei Bernburg einer Petition des deutschen Fleischerverbandes betreffs Aufhebung der städtischen Schlachtsteuern und Herabsetzung der Schlachthofgebühren die Gelegenheit benutzt, die Welt von der Ueberlegenheit seiner agrarischen Wissenschaft und der Treffsicherheit seiner Prophezeiungen zu überzeugen. Mit dem Tone überlegenster Ueberlegenheit erklärte er:

„Wie hat sich die Frage der Fleischbeschaffung entwickelt? Wer acht bis neun Monate zurückdenkt und weiß, wie von allen Seiten der Nachweis versucht wurde, daß die deutsche Landwirtschaft nicht fähig sei, den Fleischbedarf der gesamten Bevölkerung zu decken, und wie man sagte, es handle sich nicht um einen vorübergehenden Zustand, sondern die Landwirtschaft stehe vor einem Bankrott, und wie man immer die Oeffnung der Grenzen verlangte, der muß mit mir sagen: Wie schnell hat sich das Blättchen gewendet! (Lebhafte Zustimmung.) Jetzt sind die Preise rings herum höher als im Inlande. Besonders verlangte man die Oeffnung der Grenze in Oberschlesien. Dabei sind vom 7. April bis jetzt 6000 Schweine weniger eingeführt, als möglich wäre, und die deutschen Schweine, die nach Oberschlesien kommen, sind zur Zeit M. 8—12 billiger, als die russischen, wobei allerdings die Wirkung der Zölle zu beachten ist. Hätte ich damals die Grenzen geöffnet, unsere gesamte Viehzucht wäre ruiniert worden. Wir wollen daraus lernen, daß wir nicht vom Ausland abhängig werden dürfen. In wenigen Wochen sind wir bereits vielleicht ein exportierendes Land. Wir brauchen steige Verhältnisse.“

Da muß man sich einer früheren Rede des Herrn Pod im Abgeordnetenhause erinnern. Im Winter erklärte er wörtlich in einer Polemik gegen den Abg. Oeser:

„Der Herr Abgeordnete bemängelte ferner meine sogenannte Prophezeiung, daß die Not in vier oder fünf Wochen vorüber sein werde. Ja, glauben denn die Herren, daß man in einer Schlacht einen Erfolg, einen Sieg erringen kann, wenn man Pessimist ist? Wenn ich der Truppe sage: vorn sind alle totgeschlagen, Ihr sollt jetzt vor und die Sache wieder gut machen! — dann bekomme ich die Truppe schwer vorwärts; wenn ich aber der Truppe sage: Kinder kommt, vorn ist Erfolg, Ihr sollt daran teilnehmen! — dann geht es ganz anders vorwärts. Sie meinen nun, meine Herren, daß ich in der Zeit, wo ich wirklich die Frage der Fleischversorgung nicht etwa leicht genommen habe, hätte vor das Land treten und sagen sollen: es wird noch Monate mit der Fleischnot dauern. Meine Herren, welcher Sturm würde sich da erhoben haben, welche Vorwürfe würden einem Landwirtschaftsminister gemacht worden sein, der so schwarz in die Zukunft sieht und nichts tun kann! Ich mußte also eine Hoffnung aussprechen, ich durfte nicht als Pessimist erscheinen. Mit pessimistischen Auffassungen löst man wirtschaftliche Fragen nicht; man muß hoffen, die Schwierigkeiten zu überwinden, man muß guten Mutes sein und tun, was man irgend kann.“

Der Minister hat also damals zugegeben, daß er die Verhältnisse und die Aussichten besser geschildert hat, als sie seiner eigenen Ueberzeugung nach waren, daß er selbst nicht an die baldige Besserung glaubte, als er sie versprach. Jetzt nach mehr Monaten, als er Wochen nannte, ist ein Rückgang der Viehpreise eingetreten. Und nun tut er mit seinen Prophezeiungen dick. Aber die Preisrückgänge sind zum erheblichen Teil Folge des rückgängigen Verbrauchs. Nach einer Zusammenstellung der Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbeschau im ersten Vierteljahr 1906 für das ganze Deutsche Reich sind die Schweineschlachtungen um nahezu 700000 geringer gewesen als im entsprechenden Vierteljahr des Vorjahres. Setzt man die drei Vierteljahre vom 1. Juli 1905 bis 31. März 1906, für welche die am 1. Juli 1904 begonnene Fleischbeschaustatistik die Möglichkeit eines Vergleichs mit dem Vorjahr bietet, zusammen, so zeigt sich, daß in diesem neunmonatigen Zeitraum über 2 Millionen Schweine weniger der Beschau unterworfen sind, als im entsprechenden Zeitraum der Vorjahre.

Das preußische Schulgesetz ist am Montag von der Dreiklassenkammer auch in dritter Lesung und damit endgültig beschlossen worden, denn die Herrenhäusler werden wohl an dem Gesetz nichts mehr ändern, obwohl der Redner des Zentrums, Dr. Porsch, die Hoffnung aussprach, daß das Herrenhaus die Schule noch mehr klerikalisieren werde, so daß auch das Zentrum seinen Segen dazu geben könne. Die Nationalliberalen haben ihren Willen bekommen. Ihre merkwürdige ihren „Liberalismus“ kennzeichnende Sehnsucht, mit zu den Vätern dieses Schulgesetzes gezählt zu werden, ist erfüllt worden. Die Konservativen haben ihnen den Gefallen getan, den § 40 über die Rektorwahl in etwas gemodelter Form als „vorläufiges“ Recht nach ihrem Antrage anzunehmen.

Mag das Gesetz in bezug auf die Regelung der Unterhaltungspflicht einige winzige Verbesserungen bringen, die festere Verknüpfung der Schule mit der Pfafferei kann ihr nur zum Unsegen gereichen. Und die preußische Schule hat wahrlich nichts mehr zu verlieren; sie ist schon schlecht genug. Der „Liberalismus“ der Nationalliberalen hat sich in der Schulfrage wieder ein Denkmal der Schande gesetzt.

Eine weitere Festigung der hohen Schutzzölle haben die Agrarier und ihre Helfershelfer durch die zum Handelsvertrag mit Schweden beschlossene Resolution beabsichtigt und erreicht, in welcher die Regierungen ersucht werden, bei dem Abschlusse neuer Handelsverträge keinesfalls in Ermäßigung der Zollsätze des geltenden Generaltarifs zu willigen, welche noch unter die bereits in den abgeschlossenen Handelsverträgen zugebilligten Zollherabsetzungen heruntergehen.

Das ist eine ungeheuerliche Forderung, die zu einem schweren Hindernis für den Abschluß weiterer Verträge werden kann. Der Staatssekretär Posadowsky hat denn auch der Resolution nur unter Vorbehalt zugestimmt. Das Berliner Bündlerorgan aber jubelt und bemüht sich, die Regierungen unweigerlich auf die Resolution festzunageln. Es erklärt:

„Für die verbündeten Regierungen wird der Beschluß